

WEDEL

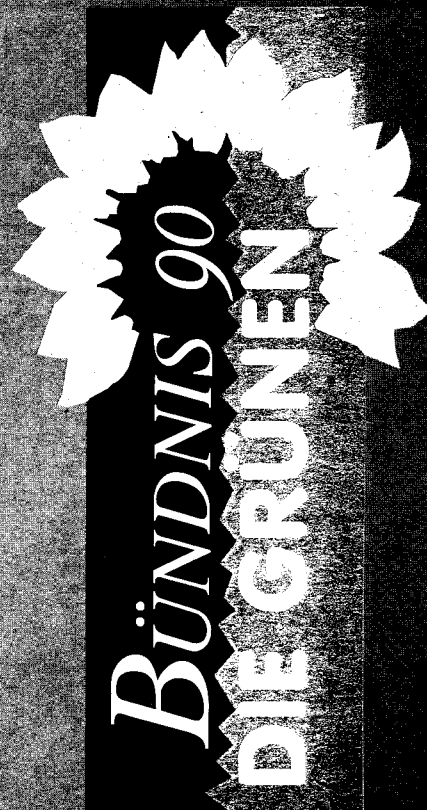
KOMMUNALWAHL

1994

PROGRAMM

FÜR

MENSCH & UMWELT



Politik beginnt vor der Haustür

() **Augen auf!** Das ist ein gutes Motto. Ich will mich erst einmal informieren. Mitglied werden kann ich immer noch.

() **Mund auf!** Unsere Stimme wird gemeinsam eben besser geehrt. Ich mache mit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Und gut informiert sein will ich natürlich auch. Grüße vom neuen Mitglied

Unterschrift _____

Name _____

Straße _____

PLZ _____ Ort _____

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stefan Körner
Schulstraße 11
22880 Wedel

Wir kandidieren in den 17 Wedeler Wahlkreisen

Wahlkreis	Listenplatz
1 Stefan Körner	1
2 Horst Metzger	13
3 Inge Zeißler	5
4 Dr. Hartwig Ihlenfeld	14
5 Gunnar Loof	12
6 Ikem Bitterling	17
7 Knut Persson	3
8 Karin Holzapfel	4
9 Bernd Reifhardt	2
10 Detlef Störl	8
11 Alexander Michael	10
12 Peywand Kiani	6
13 Regina Krause	7
14 Hellmut Metz	9
15 Udo Auge-Wolf	16
16 Helmut Zimmermann	20
17 Dr. Ulf Möker	15

Liebe Wedeler,

Am 20. März 1994 ist Frühjahrsanfang und Tag der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein. Ob 1994 seinen Titeln 'Jahr der Familie' und 'Jahr des Stör-

ches' gerecht werden kann, entscheiden Sie während dieses Marathons-Wahljahres.

Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit

Unsere Natur zu schützen bedeutet nach unserem Verständnis, das Überleben unserer und künftiger Generationen in einer lebenswerten Umwelt zu sichern. Dieses grundsätzliche Ziel sowie der Schutzschwächerer Mitglieder der Gesellschaft werden die wichtigsten Kriterien bei allen unseren Entscheidungen sein. Wir wollen die fortschreitende Zerstörung unserer Umwelt stoppen, uns für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit engagieren, das Zusammenleben in unserer Gesellschaft demokratisieren und gewaltfrei gestalten. Statt z.B. für weitere umweltzerstörende Straßenaus-

bauten sollten die Haushaltsmittel für ökologische und soziale Umgestaltungsmaßnahmen eingesetzt werden. Natürlich wissen wir, daß viele Ursachen für die weltweite Zerstörung unserer Umwelt für Armut und soziale Ungerechtigkeit auf kommunaler Ebene nur wenig zu beeinflussen sind. Trotzdem werden wir konkrete Lösungen für die örtlichen Probleme entwickeln und die Zusammenhänge mit den nationalen und internationalen Ursachen darzustellen. Das meinen wir mit unserem Motto: **global denken, lokal handeln!**

Mitbestimmung

Wir selbst haben als Politiker oder als engagierte Bürger die schwierige Situation der hiesigen Bürgerinitiativen erfahren. Zu viele der Mitstreiter sind resigniert; wir aber wagen den Schritt nach vorne und wollen selbst mitbestimmen und Mitverantwortung übernehmen. Aus diesem Grund sind unsere wichtigsten GesprächspartnerInnen weiterhin Bürgerinitiativen

und Gruppen außerhalb des Rathauses, deren Interessen wir vertreten wollen. Wir fordern mehr Transparenz und Mitspracherechte bei politischen Entscheidungen. Einwohnerversammlungen dürfen keine Farce bleiben.

**Global denken, lokal handeln!
Denn Politik beginnt vor der Haustür.**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Wedel

Umwelt	5
Verkehr	6
Südmühlgang	6
Marschweg	8
Bahnhofstraße	8
Parkplätze	9
Fahrräder	10
Für eine deutliche Verbesserung des ÖPNV	
Energie	12
Bauen und Wohnen	13
Gewerbeansiedlung	14
Wirtschaft und Finanzen	14
Soziales/Arbeitslose	15
Gesundheit	16
Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit	16
Frauenpolitik	18
Die Gleichstellungsbeauftragte	19
Kultur ist, wenn...	20
Kinder erleben Kultur	20
Kinder- und Jugendliche	21
Kinder	22
Jugendarbeit	23
Wedel – die kinderfreundliche Stadt?	24
Mitbestimmung der Eltern	25
Kindertagesstätten	26
Schulkindbetreuung	27
Wahlprogramm für Kinder und Jugendliche	28

Umwelt

Unsere Umwelt ist unser kostbarstes Gut. Sie zu erhalten ist Voraussetzung für das langfristige Überleben des Menschen. Dies wird zunehmend allen klar. Umweltkatastrophen wie das Ozonloch bedrohen schon heute die Menschen. Die Folgen der Erwärmung der Erdatmosphäre infolge der Schadstoffemissionen sind nicht kalkulierbar, Naturkatastrophen von bislang nicht gekannter Heftig- und Häufigkeit werden als die unmittelbare Folge betrachtet.

Unsere Natur ist stark gefährdet, 60 % des Baumbestandes ist geschädigt, immer mehr Tier- und Pflanzenarten sterben aus, unsere Trinkwasserversorgung ist gefährdet. Speziell im Kreis Pinneberg und auch in Wedel kann sie nur noch aufgrund von Ausnahmegenehmigungen aufrecht erhalten werden. Wir haben erhebliche Probleme mit der Entsorgung unserer Müllberge, die SPD möchte eine Mülldeponie von 50 Metern Höhe und einer Fläche von 20 ha in die Landschaft setzen, Es würde die höchste Erhebung im Kreis Pinneberg werden.

In unserem Umgang mit unserer Umwelt muß ein grundsätzliches Umdenken erfolgen. Wir dürfen nicht weiterhin unsere Umwelt als unser Eigentum betrachten. Wir tragen vor den nachfolgenden Generationen die Verantwortung, unsere Umwelt in einem Zustand zu hinterlassen, wie wir sie auch gern vorfinden würden. Dazu können kaum gigantische Mülldeponien, die langfristig eine massive Bedrohung für das Grundwasser darstellen, oder stillgelegte Atommeiler gehören, die in den nächsten paar Jahrtausenden als radioaktive Zeitbomben das Leben und die Gesundheit der Menschen bedrohen werden.

Umwelt- und Naturschutz muß darauf ausgerichtet sein, den Menschen wieder in Einklang mit der Natur zu bringen und Schäden rückgängig zu machen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Wedel fordern:

1. Schnellstmögliche Realisierung des Vernässungskonzeptes auf den ehemaligen Langelohwiesen. Im März 1992 wurde im Auftrag des Landesamtes für Naturschutz und Landschaftspflege, Kiel, ein Plan zur Regenerierung von Überschwemmungswiesen in der Marsch erstellt. Am 10.9.1993 fand eine Erörterung im Rathaus Wedel statt und es wurde vereinbart, bis Ende 1993 einige Voraussetzungen zu prüfen und Anfang 1994 wasser-technische Untersuchungen durchzuführen. Eine Vernässung der ca. 70 ha Wiesenfläche würde eine wesentliche Verbesserung des für Wiesenvögel bedeutsamen Bodenzustandes erbringen.
2. Entwicklung eines naturverträglichen Arbeitskonzeptes für den Bauhof. Gegenwärtig arbeitet der Bauhof Wedel entsprechend den traditionellen Grundsätzen der Ordnung und Sauberkeit (z.B. Mahd des Straßenbegleitgrüns, Bekämpfung von Maulwurf und Bisam, Verwendung von Streusalz u.a.). Diese Grundsätze führen nach neueren Erkenntnissen häufig zu Schäden an der Umwelt. Diese Erkenntnisse sollten Grundlage für ein umweltverträgliches Arbeitskonzept des Wedeler Bauhofes sein.
3. Sofortige Realisierung des im Mai 1989 vom Rat erteilten Auftrages, die Empfehlungen der Biotopkar-

tierung umzusetzen. Vor 5 Jahren wurde für das Gebiet der Stadt Wedel eine Biotopkartierung erstellt. Es wurde nahezu das gesamte Stadtgebiet erfaßt und entsprechend der kartierten Flora und Fauna bewertet. Aus der Bewertung wurden Empfehlungen abgeleitet, die vom damaligen Umweltbeirat im Februar 1989 in mehreren Dringlichkeitslisten aufbereitet wurde. Daraufhin erteilte der Rat den genannten Auftrag an die Verwaltung. Wie aus der Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 2.9.1993 hervorgeht, ist dieser Auftrag bisher nicht ausgeführt worden.

4. Sofortige Erstellung eines Pflegeplanes für die städtischen Flächen im Tal der Wedeler Aue. Im Dezember 1990 erging der Planfeststellungsbeschluß zum Ausbau der Wedeler Aue im Rahmen der naturnahen Gestaltung im Stadtgebiet Wedel von der Landesgrenze bis zur Aualbrücke. Die daraufhin erfolgten Arbeiten entsprachen in einigen Punkten nicht den Auflagen des Beschlusses. Auch fehlt bis heute der an mehreren Stellen erwähnte Pflegeplan, der das Ziel des vorgenommenen Ausbaus, nämlich die Schaffung von naturnahen Feuchtwiesen, erst sicherstellen kann und bei weiterer Untätigkeit diese ernstlich in Frage stellt.

Verkehr

Das Auto ist unbestritten ein wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaft. Es ermöglicht uns eine Mobilität, die durch öffentliche Ver-

5. Sofortige Erstellung eines Konzeptes für Naturschutzmaßnahmen in den nächsten 3 Jahren sowie jährliche Berichterstattung über die Realisierung dieses Konzeptes. In der unter 3. genannten Anweisung des Rates an die Verwaltung war die Erstellung eines Konzeptes für Naturschutzmaßnahmen für die Jahre 1990-95 enthalten mit der Maßgabe, jährlich einen Bericht über die Umsetzung dieser Maßnahmen zu fertigen. Bei der Beantwortung der Anfrage (s.3.) wird von der Verwaltung ausgeführt, daß auch jetzt nach Besetzung der Stelle „Landschaftspflege“ ein Pflegekonzept nicht vorliegt und Berichte nicht vor 94/95 vorgelegt werden können.

6. Renaturierung der Marsch insgesamt. In der Marsch sehen wir dringenden Handlungsbedarf. Durch ihre Eindeichung und durch Entwässerung verliert die Marsch zunehmend ihre ökologische Bedeutung. Insbesondere typische Marschvögel wie zum Beispiel der Kibitz sind kaum noch zu finden. Um die Marsch zu erhalten, ist es am sinnvollsten, die Deichlinien auf die alte Linienführung zurückzulegen. Da dies in nächster Zeit leider kaum durchzusetzen sein wird, sollte zumindest geprüft werden, ob bei Sturmflut die Fluttore nicht länger offenbleiben können.

kehrsmittel zumindest zur Zeit nicht erreicht wird. Viele meinen, daß das Auto das bequemste unserer Verkehrsmittel sei.

Was aber kostet uns diese vermeintliche Bequemlichkeit? Jedes Jahr sterben in der Bundesrepublik ca. 10.000 Menschen im Straßenverkehr, mehr als 100.000 werden schwer verletzt. Verkehrsunfälle sind die häufigste Todesursache bei Kindern!

Der Autoverkehr ist inzwischen zu einem der Hauptverursacher von Umweltweltschäden geworden. Das Ausmaß der Schäden und die zu erwartenden Folgen machen ein sofortiges Umdenken in Bezug auf Verkehrsmittel zur Überlebensfrage.

Heute können Eltern ihre Kinder bei gutem Wetter nicht mehr im Freien spielen lassen, da die Luft zu hoch belastet ist.

Nur dem „schlechten Wetter“ des 93er Sommers ist es zu verdanken, daß wir in diesem Jahr nicht noch häufiger als im Sommer 92 Ozonwerte gehabt haben, die eine Gefahr für Kleinkinder, Lungenkranke, Sportler usw. darstellen.

Das bodennahe Ozon entsteht aus Stickoxiden bei Einwirkung von Sonnenlicht. Darüber hinaus sind Stickoxide wesentlich für die Schädigung unserer Bäume verantwortlich. Am Ausstoß ist das Auto mit 80 % beteiligt. Benzol und Dieselruß, zwei weitere Produkte des Kraftfahrzeugverkehrs, sind krebserregend.

Immer mehr Straßen zerschneiden die Landschaft. In Schleswig-Holstein gibt es 100.000 Kilometer Straße, das entspricht einer Fläche von 159 Quadratkilometern oder 15.000 Fußballfeldern. Die Zahl der zugelassenen Fahrzeuge steigt immer weiter, und die Staus werden immer länger.

Das Konzept der politisch Verantwortlichen war und ist immer noch, die Verkehrsprobleme durch Neuausbau von Straßen zu lösen. Dabei wird kaum noch bestritten, daß

neue Straßen nur neuen Verkehr nach sich ziehen. Deshalb sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen zusätzliche Straßenausbau- oder Straßenneubau-maßnahmen.

Vielmehr treten wir für eine Einschränkung des Autoverkehrs durch weitere Tempobegrenzungen und Rückbau von Straßen ein. Als eines der gelungensten Beispiele für die Einrichtung von Tempo 30-Zonen kann das Modellgebiet Buxtehude genannt werden. Bei der Temporeduzierung hat sich die Abgassituation nachweislich verbessert; alle untersuchten Schadstoffkomponenten haben sich deutlich verringert. Sehr positive Erfahrungen wurden auch in anderen Städten (z.B. Neuss, Krefeld, Hamburg) gesammelt. Die Zahl und die Schwere von Unfällen haben sich nachweislich verringert. 2/3 aller Unfälle ereignen sich innerorts. Kollisionen zwischen Auto und Fußgänger werden bei Tempo 60 nur von 40%, Tempo 50 von 65%, Tempo 30 aber von 95% der Fußgänger überlebt. Tempo 30 innerorts kommt insbesondere der Kinderverkehrssicherheit zugute. Durch Tempo 30 ergibt sich innerorts eine Lärmreduzierung um ca. 5% dB. Das bedeutet, daß sich die Lärmbelastung an den Straßen (Mittelungspegel) um ca. 3dB (A) reduziert, was einer Halbierung der Verkehrsstärke entspricht. Tempo 30 führt auch zu einem verringerten Flächenbedarf für den Kfz-Verkehr. Damit eröffnet sich die Möglichkeit eines verbesserten Flächenangebots für andere Nutzungen (umweltfreundliche Verkehrsmittel; Begrünung, Aufenthalt). Diese Tempo 30-Regelungen sind nicht durch einfache Beschilde-rungen möglich. Dazu gehören begleitende Baumaßnahmen (z.B. Verengungen, Hoppel) und gezielte Verkehrsüberwachungsmaßnahmen.

Alles bisher Aufgeführte wird inzwischen auch von anderen Parteien in ihren Wahlprogrammen festgestellt. Leider bleiben aber die Konsequenzen

Südmumgehung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind gegen den Bau einer Umgehungsstraße in Wedel. Schon aufgrund des geringen Anteils des Durchgangsverkehrs in Wedel (ca. 20%) würde der Bau einer „Umgehungsstraße“ die Altstadt kaum entlasten. Ganz im Gegenteil! Erfahrungen anderer Städte zeigen, daß schnelle Verbindungs- und Durchgangsstraßen nur neuen Verkehr nach sich ziehen. Die BewohnerInnen der Mühlenstraße und der Gorch-Fock-Straße hätten vermutlich unter mehr Lärm und Abgasen zu leiden als heute, nunmehr allerdings an den Rückfronten der Häuser. Im weiteren Verlauf der B431 wäre mit einer erheblichen Zunahme des Verkehrs zu rechnen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlagen probeweise für den Altstadtbereich folgende Maßnahmen vor, um die Belästigung der Anwohner möglichst gering zu halten und den Verkehr für RadfahrerInnen und FußgängerInnen sicherer zu gestalten:

Der Verkehr wird in der Mühlenstraße einspurig in Richtung Holm und in der Gorch-Fock-Straße einspurig in Richtung Hamburg geführt. Die gewonnenen Flächen in beiden Straßen werden zur Einrichtung von Fahrrads Spuren

Marschweg

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine autofreie Marsch ein. Die Zustände auf den Marschwegen verschlimmern sich von Jahr zu Jahr, da auf ihnen sich kaum ein Autofahrer an die Geschwindigkeitsbegrenzung oder das eingeschränkte Halteverbot hält.

aus. Hinweis hierfür ist der zur Zeit betriebene Bau der Autorialanbindung und das Festhalten von CDU und SPD an der „Südmumgehung“ in Wedel.

verwendet. In der Mühlenstraße werden zusätzlich die Fußwege an besonders engen und damit insbesondere für SchülerInnen und alte Menschen gefährlichen Stellen verbreitert.

Durch Verbreiterung der Fußwege und Einrichtung von Radwegen würde die Attraktivität der Mühlenstraße gesteigert, wovon die Kaufleute im gesamten Altstadtbereich profitieren würden. Wir würden so dem Wunsch, eine verkehrsberuhigte Altstadt mit vielen kleinen Geschäften zu haben, ein ganzes Stück näher kommen, ohne eine „Umgehungsstraße“ von gigantischen Ausmaßen durch ein Landschaftsschutzgebiet und mitten durch ein Wohngebiet gebaut zu haben.

Zur Regelung des Durchgangsverkehrs ist eine Torampel an der Kreuzung Lulanden/Holmer Straße in Planung. Grundsätzlich begrüßen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diese Ampelanlage. Wir hoffen, daß hierdurch die Bewohner der Rolandstraße entlastet werden. Allerdings halten wir eine Busspur, die den Bus an den zu erwartenden Staus vorbeiführt, für unvertretbar.

Wir sind der Auffassung, daß niemand unbedingt bis zum Deich fahren muß. Parkplätze sind an der Schulauer Straße, am Strandbaddamm (Schneider), am Yachthafen, am Festplatz und an der Austraße vorhanden. Kunden von Kleinworth und Körner sollen

diese Betriebe nach wie vor anfahren können. Alle öffentlichen Parkplätze müssen aus der Marsch verschwinden und die Schranke an der Batavia wieder angebracht werden. Schließlich gilt für den Steinweg und den Brooksdamm bereits Durchfahrtsverbot und für diese und den Langen Damm ein-

Bahnhofstraße

Das Konzept, es allen recht machen zu wollen, ist in der Bahnhofstraße gescheitert, da diese für die gleichzeitige Nutzung durch Fußgänger, Radfahrer und Autos zu eng ist.

Es muß unweigerlich zu Kollisionen und Unzufriedenheit auf allen Seiten kommen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher, daß die Bahnhofstraße mindestens im Bereich zwischen der Gorch-Fock-Straße und der Spitzerdorfstraße für den Autoverkehr zu sperren ist.

Bislang wird eine solche Sperrung hauptsächlich wegen der Proteste der Geschäftsleute und wegen des Busverkehrs abgelehnt. Beispiele (Uetersen, Pinneberg) zeigen jedoch, daß eine solche Lösung die Attraktivität von Einkaufsstrassen und damit die

Parkplätze

Der Bau von Parkplätzen ist grundsätzlich wie der Bau von Straßen zu bewerten. Je leichter man einen Parkplatz findet, desto eher wird mit dem Auto gefahren. Deshalb wenden sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen Parkplatzneubauten wie an der Küsterstraße (im Bau durch Einsatz von Steuergeldern) und am Jungfernstieg (ge-

Fahrräder

Zentrale Aufgabe der Verkehrspolitik muß die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs sein. Dies zu

geschränktes Halteverbot. Insbesondere dieses Verbot muß an schönen Wochenenden kontrolliert werden. Zur besseren Information der Besucher sollten alle Parkplätze in einem Verkehrslenkungskonzept besonders hervorgehoben werden.

Umsätze der Geschäfte gesteigert haben. Um die Bahnhofstraße herum sind ausreichend Parkplätze (Bahnhof, Stadtbücherei, Schulauer Marktplatz und nicht zuletzt an der Schulauer Straße) vorhanden.

Das Problem der Linienführung der Busse halten wir für lösbar. Es gibt ausreichend Beispiele für Fußgängerzonen, in denen Busse fahren. Im übrigen sind wir der Ansicht, daß eine andere Linienführung durchaus möglich ist. Wie überhaupt die gegenwärtige Bus-Linienführung und Haltestellenfestlegung nicht mehr den Bedürfnissen entspricht. So fehlen z.B. Einbindungen in den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) an den Veranstaltungsstätten in der Schulauer Straße und der Rissener Straße.

plant).

Der Ausbau der Park-and-Ride-Anlage am Bahnhof ist differenziert zu betrachten. Es ist fraglich, ob durch ein erweitertes Parkplatzangebot mehr Menschen mit der Bahn nach Hamburg oder weniger Menschen mit dem Bus zum Bahnhof fahren.

erreichen, indem man die zurückliegenden Wege durch räumliche Nähe von Wohnung, Arbeitsplatz, Einkaufs-

möglichkeiten, Schule etc. („Stadt der kurzen Wege“) verkürzt. Außerdem muß das Auto als Verkehrsmittel gegenüber alternativen Verkehrsmitteln an Attraktivität verlieren. Eine zentrale Bedeutung als Verkehrsmittel müssen wir neben dem ÖPNV dem Fahrrad bei 2/3 der zurückzulegenden Strecken liegen unter 5 Km. Ein Radfahrer ist insbesondere im Berufsverkehr in der Regel schneller als ein Autofahrer. Dabei wird die Umwelt nicht mit Abgasen belastet und ein Fahrrad benötigt sehr wenig Raum.

Die Probleme des Fahrrades liegen im Bereich der Sicherheit. Oft werden Radfahrer von abbiegenden Fahrzeugen übersehen, da viele Radwege von parkenden Autos verdeckt werden. Radwege sind in Deutschland in der Regel Teil des Bürgersteiges, und Fußgänger und Radfahrer müssen sich die häufig schmalen Wege teilen. Durch Fehlverhalten von Fußgängern und Radfahrern kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen. Um Gefährdungen der RadfahrerInnen zu vermeiden, sollte generell in geschlossenen Ortschaften Tempo 30 für alle Verkehrsteilnehmer gelten.

In Holland werden Straßen von Radfahrern genutzt. Die Verkehrssicher-

heit nimmt dadurch nicht ab; im Gegenteil. Wir meinen deshalb, daß der Fahrradverkehr auch in Wedel grundsätzlich auf die Straße sollte.

Kleine Kinder müssen, wenn sie mit dem Rad fahren, den Bürgersteig benutzen, während die Eltern auf der Straße fahren müssen. Die Stadt Wedel sollte sich hierfür einsetzen, daß die Eltern in solchen Situationen ebenfalls den Bürgersteig benutzen dürfen, wenn sie ihre Kinder begleiten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenden sich gegen die Benutzungspflicht von Radwegen. Auch hier sollte die Stadt Wedel sich für die Änderung des Bundesrechts einsetzen.

Desweiteren sollte für Fahrradständer gesorgt werden, die ein sicheres Abstellen von Fahrrädern ermöglichen. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Bahnhofstraße und Bahnhof. Hier wurden bereits relativ sichere Fahrradgaragen gebaut. Der Standort in der Tiefgarage ist jedoch nicht optimal, da der Ort dunkel ist, nicht einsehbar und insbesondere von Frauen und Kindern gemieden wird. Vorbilder für geeignete Bauten gibt es z.B. am Tornescher Bahnhof.

Für eine deutliche Verbesserung des ÖPNV

Seit Jahren wird gefordert den motorisierten Individualverkehr (mIV) auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu verlagern. Die Gründe sind vielfach genannt: Energieverschwendung des mIV, Luftverschmutzung, Verletzte und Tote im Straßenverkehr, Sommersmog (bodennahes OZON), Lärm, Bodenversiegelung und und und.

Geschehen ist einiges - Entscheidungen jedoch nicht.

Noch immer wird durch den Ausbau der Straßen primär der mIV gefördert - der Ausbau des ÖPNV wird dagegen von der Frage begleitet „Wer soll das finanzieren“. Die Finanzierung der Straßen dagegen steht zweifelhaft fest.

Bündnis 90/Die Grünen gehen davon aus, daß früher oder später der Ben-

zinpreis schrittweise auf zwei bis fünf Mark angehoben wird. In Zukunft muß jeder Verkehrsteilnehmer die von ihm ausgehenden Kosten der Umwelt Schäden selber tragen. Die Nachfrage nach ÖPNV-Leistungen wird dann stark zunehmen.

Bündnis 90 /Die Grünen sind weiter der Meinung, daß der Rotstift beim Kommunalhaushalt in Wedel beim Ausbau der Straßen angesetzter werden muß - inklusive der verkehrserzeugenden Park-and-Ride-Anlage. Das hier frei werdende Geld soll unter anderem in den Ausbau der Buslinien eingesetzt werden. Weiter soll sich die Stadt für eine Verbesserung der S-Bahn-Verbindung nach Hamburg einsetzen.

Insbesondere die mangelhafte Anbindung von „Möllers Park“ (Gebiet mit der höchsten Wohndichte in Wedel) halten wir für einen verkehrspolitischen Skandal. Die fehlende Verbindung nach Pinneberg in die Kreisstadt ebenfalls.

Für Wedel stellen Bündnis 90 /Die Grünen uns folgende Verbesserungen vor:

1. Die Buslinie Wedel-Pinneberg muß dringend eingerichtet werden. Für eine ausreichende Frequenz ist zu sorgen: Nur mit ihr ist ausreichende Akzeptanz seitens der Bevölkerung zu erreichen. Eine Lösung mit Hilfe eines Kleinbusses („Bergziege“) halten wir durchaus für sinnvoll.
2. Die Anbindung Lüländens ans S-Bahn-Netz beziehungsweise zur Einkaufszone „Bahnhofstraße“ ist mangelhaft: Die Buslinien 489 und 7577 verkehren mit unregelmäßigem Takt - sind daher wenig kalkulierbar aus der Sicht der Benutzer. Die Bedienungshäufigkeit ist zu erhöhen und der Takt zu verbessern (regelmäßiger Takt). Auch hier können wir uns eine Lösung mit Hilfe
- des Kleinbusses (489) vorstellen. In den Zeiten relativ schwacher Nutzung muß aus ökonomischen Gründen eine Bus- oder Sammeltaxe (Taxe zum Bustarif) bereitgestellt werden. Dieses sollte für Wedel generell realisiert werden.
3. Die Linienführung der Bus-Verbindung S-Bahn-Wedel/S-Bahn Blankenese (189) muß dringend überarbeitet werden: Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte (Möllers-Park) sind unzureichend ans Netz angebunden. Die zukünftige fußläufige Bahnhofstraße erfordert ebenfalls eine Überarbeitung der Linienführung. Durch eine neue Linienführung muß auch das Haus der Jugend, der Kindergarten in der Bekstraße, das TSV-Sportzentrum, das Freibad und der Spielplatz am Strandbad besser bedient werden.
4. Eine zweite Haltestelle der S-Bahn in Bereich der „Ölweiche“ ist eine weitere Forderung von Bündnis 90/Die Grünen. Der Ausbau des Einkaufszentrums (SPAR) als auch eine weitere Verdichtung des Gebietes entlang der S-Bahnlinie ist der Grund hierfür.
5. Bei der S-Bahn muß sich die Stadt für eine Verbesserung der Fahrradmitnahme einsetzen, ebenso für eine Gepäckverladung.
6. Die Verbesserung der Frequenz und Linienführung des 289 durch das Moorweggebiet hat zu einer deutlichen Zunahme der Akzeptanz seitens der Bevölkerung geführt. Auch hier muß allerdings mittelfristig über eine Erhöhung der Frequenz (10-Minuten Takt im Berufsverkehr) nachgedacht werden.
7. Generell muß der ÖPNV Vorfahrt haben vor dem mIV. Die Stadt hat durch Ampelregelungen und Verkehrsbeschilderung hierfür zu sorgen. Die bestehenden Busbuchungen

gen sind mittelfristig zu beseitigen, der Bus darf nur noch auf der Fahr-

bahn halten, um eine Verflüssigung des Busverkehrs zu ermöglichen.

Wir stehen vor großen Strukturveränderungen beim Verkehr. Die Stadt Wedel hat zu handeln - und nicht zu reagieren.

„In“ ist Phantasie und neue Konzepte, „Out“ ist stures „Weiterso“. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich für neue Ideen einsetzen.

Energie

Gerade wir, die Bürger der führenden Industriestaaten der Welt, sind zum weitaus überwiegenden Teil für die Belastung der Erdatmosphäre mit Schadstoffen, die unsere Wälder schon schwer geschädigt haben, und die dadurch drohende Klimaveränderung verantwortlich. Statistisch verbrauchen die Einwohner Europas und Nordamerikas, die nur 13 % der Weltbevölkerung darstellen, 50 % aller auf der Erde erzeugten Energie (Stand 1990). Anders ausgedrückt: Jeder von uns verbrauchte 1990 so viel Energie wie z.B. 7 Brasilianer, 18 Philippinos oder 214 Äthiopier!

Nur wenn wir an diesem Zustand nachhaltig etwas ändern, sind wir moralisch berechtigt zu fordern, daß kein Regenwald mehr abgeholzt wird.

Wie kann das erreicht werden ?

Zum einen dadurch, daß der Energieverbrauch jeder Art schrittweise verteuert wird. Unsere Umwelt darf nicht mehr zu Spottpreisen als Müllkippe für Abgase aus Auspuffen und Schornsteinen dienen.

Zum andern dadurch, daß Energieeinsparungsmöglichkeiten - und die gibt es reichlich - noch stärker genutzt werden. Die Wedeler Stadtwerke sind hier auf dem richtigen Weg - und wir wer-

den sie dabei unterstützen - ihn tatkräftig weiterzugehen. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Stadtwerke ihre aktive Information über Einsparungsmöglichkeiten auch in Schulen und anderen kommunalen Einrichtungen fortsetzen und ausbauen. Wir können uns dabei auch wirkungsvolle Aktionen vorstellen:

- ☐ Verkaufsfaktionen für Energiesparlampen
- ☐ Zuschüsse für den Austausch von energiefressenden Altgeräten durch anerkannt energiesparenden neue Geräte
- ☐ Belohnung von Einsparungen im Jahresverbrauch, z.B. ein alljährlicher Wettbewerb „Wer hat am wenigsten Strom, Gas oder Wasser verbraucht?“

Wir treten für die Dezentralisierung der Wärme- und Stromversorgung, insbesondere durch Blockheizkraftwerke ein, soweit sie technisch, ökologisch und wirtschaftlich sinnvoll ist, wobei ins Gewicht fällt, daß bei Blockheizkraftwerken die eingesetzte Primärenergie (Gas oder Heizöl) zu 85 % bei herkömmlichen reinen Elektrizitätswerken aber nur zu 36 % genutzt wird.

Sollte der Anschluß an die Fernwärmeleitung des Kohlekraftwerks der HEW trotz des in Wedel vorhandenen sehr dichten Erdgasanschlusses doch noch wirtschaftlich vertretbar oder gar wegen der möglicherweise günstigeren Umweltbilanz der Fernwärme geboten sein, sollte er betrieben werden. Wir befürworten allgemein die Förderung der regenerativen Energiequellen durch Solaranlagen (vor allem die Warmwasserbereitung durch Kollektoren) und Windkraftwerke, auch wenn sie zur Zeit wegen der viel zu niedrigen Preise für die Nutzung fossiler Energien (Kohle, Erdöl, Kernenergie) im Vergleich noch nicht wirtschaftlich arbeiten.

Wir unterstützen daher auch die Planung einer zweiten Windkraftanlage in Wedel durch die Stadtwerke und außerdem die Beteiligung an einem kommunalen Windenergiepark an der Nordsee, soweit die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes dabei gewahrt werden. Zusätzlich sind für eine Erhöhung der Einspeisungspreise für die Betreiber von Windenergie- und Solaranlagen, damit sie sich rechnen lassen.

Wir treten für den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kernenergie ein, weil das Gefahrenpotential dieser Energiegewinnung nicht sicher genug beherrschbar ist und zukünftige Generationen auf unabsehbar Zeit belastet.

Bauen und Wohnen

Bei der Bautätigkeit in Wedel muß einem grenzenlosen Wachstum Einhalt geboten werden. Es darf nicht sein, daß immer mehr Landschaft durch Zersiedelung zerstört wird. Darum treten wir gegen eine bauliche Ausdehnung Wedels durch Wohnungs- und Gewerbebau auf Kosten der umgebenden Grün- und Erholungsgebiete ein. Wir wollen, daß man wie bisher von jedem Punkt der Stadt in wenigen Minuten zu Fuß zum Elbstrand, in den Klövensteen, das Autal, die Marsch, aber auch in das Stadtzentrum gelangen kann.

Wir sind deswegen gegen die von der Stadt auf Drängen eines Großinvestors aus Köln geplante Satellitensiedlung auf dem ehemaligen BP-Gelände. Außerdem verkräften die Straßen und die Infrastruktur des Moorweggebietes die damit verbun-

dene erhebliche Bevölkerungs- und Verkehrszunahme nicht.

Neubau von Wohnungen soll es nur noch geben durch bauliche Verdichtung und Lückenschließung. Wir sind deshalb gegen die Neuausweisung von Bauflächen an der Pinneberger Straße.

Soweit die Stadt Wedel die Schaffung von Wohnraum fördert oder darauf Einfluß hat, sind in erster Linie geringer verdienende Wedeler Bürgerinnen und junge Familien zu berücksichtigen.

Zu neuen Wohnungen gehören nicht nur Parkplätze, sondern auch Kinderspiel- und Betreuungsplätze sowie öffentliche Räume als Bürgertreffpunkte. Durch frühzeitige Beteiligung von Stadtjugendpflege und Sozialamt/-ausschuß können hierbei Fehlplanungen vermieden werden.

Wir treten dafür ein, daß seitens der Stadt alles getan wird, damit Wedeler BürgerInnen nicht obdachlos werden bzw., wenn das doch geschehen ist, damit der Obdachlose nicht ins soziale Abseits gerät, sondern nach Möglichkeit (wieder) in die Gesellschaft integriert wird bzw. bleibt.

Unabhängig davon sollte stets eine ausreichende Zahl von zumutbaren

Gewerbeansiedlung

Neue Flächen für Gewerbeansiedlung dürfen so lange nicht ausgewiesen werden wie noch Gewerbeflächen vorhanden sind, die leerstehen oder nicht mehr genutzt werden. Das gilt zur Zeit z.B. für die von der Dasa genutzten Flächen an der Industriestraße, solange deren weitere Verwendung nicht geklärt ist.

Wir sind deswegen auch gegen die geplante Neuausweisung von Gewer-

Übergangsunterkünften für Notfälle bereitzustellen werden.

Frauen, die aus dem Frauenhaus in eine eigene Wohnung umziehen wollen bzw. müssen, sollten vordringlich bei der Vergabe von Wohnraum berücksichtigt werden, und zwar auch um die Aufnahmekapazität des Frauenhauses zu erhalten.

beflächen an der Pinneberger Straße/Flerrentwiete.

Soweit die Stadt auf die Ansiedlung von Gewerbebetrieben Einfluß hat, sollten nur noch solche gefördert werden, die zukunftsorientiert und so wenig wie irgend möglich umweltbelastend oder -gefährdend sind. Dabei sollte auch berücksichtigt werden, in welchem Umfang der Betrieb (Zu-)Lieferverkehr mit Lkws verursacht.

Wirtschaft und Finanzen

Für die Grünen in Wedel gilt der Grundsatz, daß Haushaltsmittel für ökologische und soziale Umgestaltungsmaßnahmen eingesetzt werden sollen. Wir wollen weg von unnötigen Infrastrukturmaßnahmen (z.B. Straßenneubau und Erweiterungen). Die Haushaltsmittel sollen also umgeschichtet werden.

Konkret sind unsere Forderungen:

- bessere Einbeziehung der BürgerInnen an Planungen, insbesondere bei Straßenbaumaßnahmen und -gestaltung im Rahmen einer ganzheitlichen Verkehrskonzeption mit Schwerpunkt der Verkehrsvermeidung und Verkehrsberuhigung,

lichen Nahverkehrs im Kreis Pinneberg und nach Hamburg,

- Erhöhung der Mittel für soziale Maßnahmen (Kindergärten, Sportvereine, soziale Träger bei Nachweis der Zuschußbedürftigkeit etc.),

- Überprüfung aller städtischer Subventionen auf Sinn und Zweck bzw. Bedürftigkeit,

- Reinvestition der Gewinne der Stadtwerke Wedel z.B. für Energie sparmaßnahmen,

- Prüfung der Verbesserung der Einnahmen der Stadt Wedel, indem alle Einnahmen rechtzeitig und vollständig erhoben werden bzw. Einnahmeerhöhungen durch höhere Besteuerung (Spielautomaten-, Gewerbesteuer, Hundesteuer etc.),

Soziales/Arbeitslose

Wirksame und gerechte Sozialpolitik ist in der heutigen Zeit wichtiger als je zuvor. In Zeiten sinkender Realeinkommen, dramatisch anwachsender Arbeitslosigkeit, Umwandlung von preiswertem Wohnraum u.a. zu teuren Eigentumswohnungen, Krisen in Lebensgemeinschaften kann heutzutage jeder schnell auf der sozialen Leiter abrutschen. Nur eine solidarische Einstellung der Mitmenschen kann diese Krisen bewältigen. Vieles kann nur durch Bundes-, Landes- oder Kreispolitik entschieden und geregelt werden. Aber auch die Stadt Wedel und ihre KommunalpolitikerInnen und die Verwaltung können vieles erreichen!

- Controlling in der Verwaltung der Stadt Wedel zur Feststellung und Verbesserung von ineffektivem und änderbarem Verwaltungshandeln (Einführung der Kostenstellenrechnung),
- Prüfung der Erhöhung oder auch Senkung von Gebühren aufgrund der durch Controlling festgestellten tatsächlichen Verwaltungskosten, da Gebühren grundsätzlich kostendeckend sein sollen,
- Verbesserung bürgerfreundlichen Verwaltungshandelns u.a. durch bessere Transparenz (gläsernes Rathaus),
- Schaffung eines zweiten Arbeitsmarktes für die Durchführung kommunaler Aufgaben durch arbeitslose Mitmenschen - auch in zeitlich befristeten Arbeitsverhältnissen - **mit tarifgerechter Entlohnung.**

Deshalb sind unsere Forderungen zur Sozialpolitik in Wedel:

- aktive Umsetzung der Sozialplanung der Stadt Wedel (IFAG-Gutachten),
- Unterstützung von Selbsthilfegruppen (z. B. Lebenshilfe, Arbeitslosen-Initiative, Sport für Behinderte etc.),
- Schaffung von ausreichendem, preiswertem und bezahlbarem Wohnraum in ganz Wedel,
- Bekämpfung der Obdachlosigkeit und Integration der Obdachlosen in die übrige Gesellschaft,

- Schaffung von freiwilligen und beruflichen Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung von Arbeitslosen auch durch Selbsthilfe in Wedel.
- Beteiligung von Behinderten an Planungen bzgl. Wohnungsbau, Städtebau und Verkehrsmitteln.

Gesundheit

Seit dem Skandal mit den Blutkonserven ist auf brutalste Weise klargeworden, daß AIDS kein Randgruppenproblem mehr ist, sondern daß AIDS jedem von uns treffen kann; umso mehr muß den Beteiligten geholfen werden.

- Keine Kürzung von Zuschüssen durch die Stadt Wedel, die evtl. als Folge die Arbeitslosigkeit steigen lassen würde.
- Barauszahlung von Sozialhilfe auch an Asylbewerber. Die Stadt Wedel sollte sich hierfür in Bonn und Kiel einsetzen.

- Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, eine Beratungs- und Betreuungsstätte in Wedel aufzubauen, um den Betroffenen und deren Familien schneller und wirksamer helfen zu können.

Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit

Neonazismus und Ausländerfeindlichkeit sind Themen, die gerade in den letzten Jahren vor allen Dingen seit der Wiedervereinigung mit der ehemaligen DDR verstärkt in den Mittelpunkt der politischen Diskussion geraten sind.

Obwohl fast jeder dazu eine Meinung und einen Standpunkt hat, sind gerade diese stark von Vorurteilen und Unwissenheit geprägt, wobei CDU und SPD auch nicht gerade zu sachlicher Aufklärung und zum Verständnis einer ausländerfeindlichen Gesinnung ist mittlerweile gesellschaftsfähig geworden. Dieses Thema, das besonders

stark emotional bewertet wird, wurde als Wahlkampfthema mißbraucht. Dabei wurden Schlagwörter wie Asylmißbrauch, Schein- und Wirtschaftsasylant, die nicht nur diskriminierend sondern auch sachlich falsch sind, zur Anheizung der öffentlichen Meinung gebraucht.

Höhepunkt dieser Politik war schließlich der für uns nach wie vor unakzeptable Asylkompromiß, welcher in der BRD Asylsuchende in die Illegalität verbannt. Hinzufügen ist, daß mit dieser Entscheidung uralten Forderungen rechtsextremer Parteien wie den Republikanern entsprochen wurde.

Die Gefahr rechtsextremer Tendenzen in Politik und Gesellschaft wird nach wie vor unterschätzt und zu wenig bekämpft. Daß Szenarien wie Rostock, Hoyerswerder und Mölln in Nachkriegsdeutschland in dieser Art und Weise vorkommen und in der Öffentlichkeit bewertet werden, ist unbegreiflich.

Dies sind jedoch nur Höhepunkte einer zunehmenden Gewalt gegen Ausländer, die in den letzten zwei Jahren 25 Menschen das Leben kostete. Diese Gewalt richtet sich nicht nur gegen Ausländer, sondern betrifft ebenso Andersdenkende, Behinderte und Obdachlose.

Was von vielen noch als Taten einiger weniger „Fehlgeleiteter“ abgetan wird, ist in Wirklichkeit Programm und Ziel diverser rechtsextremer Parteien und Verbindungen. In diesen sind in Deutschland nahezu 60 000 Personen organisiert. Dahinter steht

Aus diesen Tatsachen und Erkenntnissen heraus ergeben sich für uns folgende Forderungen :

- verstärkte Thematisierung in Schulen und Öffentlichkeit,
- konsequente Verfolgung rechtsextremer Straftaten,
- öffentliche Distanzierung aller Parteien von Rechtsextremen wie DVU und Reps,

Weitergehend treten wir für ein konstitutionales Wahlrecht für Ausländer ein, da wir der Meinung sind, daß jeder Ausländer, der seit Jahren seinen Lebensmittelpunkt in Deutschland hat, auch politisches Mitspracherecht haben sollte. Desgleichen treten wir für die Ermöglichung der doppelten

Dahingehende Forderungen sind:

- Frühzeitige Integration von ausländischen Kindern,
- Nottelefone in allen Unterkünften,
- Unterstützung des Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus

ein internationales Netzwerk rassistischer Vereinigungen.

Diese Gefahr, die nicht nur Ausländer sondern auch unser demokratisches System bedroht, muß endlich erkannt und bekämpft werden. Nicht nur vom Staat sondern von jedem einzelnen.

Auch in Wedel und Umgebung ist dieses Thema akut. Obwohl es in Wedel selber noch keine offene rechte Szene gibt, sind seit Jahren rechtsextreme Verbindungen in Hamburg und in Halstenbek-Krupp, wo sich die Bundesgeschäftsstelle der rechtsextremen FAP befindet, am Werke, so daß auch wir unsere Augen nicht davor verschließen können. Zumal es auch in Wedel zum Beispiel rechtsextremisierte Straftaten gab, wie rechtsextreme Schmierereien Anfang der 80er Jahre, Anschlag auf ein Asylbewerberheim 1991 und erst letztes Jahr ein gewalttätiger Übergriff auf einen ausländischen Jungen durch Mitschüler.

- eine Rechtsberatung für Asylbewerber,
- verbesserte Information über Lebenssituation in den Herkunftsländern und in Deutschland,
- korrekte und wohlwollende Behandlung bei allen städtischen Behörden,
- sofortige Abschaffung der Gutscheinregelung,
- die Asylbewerber keine Bargeldmittel mehr zur Verfügung stellt, sondern den Einkauf selbst von Lebensmitteln mit Gutscheinen regeln soll, was nicht nur diskriminierend ist, sondern auch einen hohen bürokratischen Aufwand mit sich bringt.

Abgesehen von diesen zum Teil technischen Belangen sollte jeder eine moralische und selbstverständliche Verpflichtung gegenüber allen Ausländern und Angehörigen sozialer Randgruppen haben, diese wie Menschen zu behandeln und zu achten. Unsere Aufforderung an jeden muß sein, sich nach seinen Möglichkeiten einzusetzen und sich auch persönlich gegen jede Diskriminierung und Benachteiligung von Ausländern zu wehren und

somit auch in seinem persönlichen Umkreis jeder noch so kleinen rechtsextremistischen Tendenz entgegenzuwirken.

Geschaffen werden muß ein Klima der Verständigung und des friedlichen Zusammenlebens, das Rechtsextremisten keine Chance läßt und zur Selbstverständlichkeit werden sollte, als Wegbereiter für eine multikulturelle Gesellschaft.

Frauenpolitik

Frauenpolitik umfaßt alle Lebensbereiche und bedeutet nicht nur Familienpolitik! Somit ist eine klare Abgrenzung nicht möglich. Obwohl Frauen heute die gleichen Rechte wie Männer besitzen, werden sie zu oft durch die bestehende Ellenbogen-Gesellschaft zur Seite gedrängt. Für unsere Politik heißt dies, daß Maßnahmen unter diesem Aspekt beurteilt werden und daß es (leider immer noch) frauenfördernde Maßnahmen geben muß.

Ein wichtiges Gebiet von Frauenpolitik ist die Stellung der Frau in der Arbeitswelt. Frauen müssen den Männern

beitsplätze für Frauen und Männer. Es müssen also familienfreundlichere Arbeitszeiten geschaffen werden. Wir fordern Teilzeitarbeit auch für alle Karriereberufe (Bildung und Verantwortung) insbesondere auch in der Privatwirtschaft.

Die gesellschaftliche Achtung der Rolle als Mutter und Hausfrau muß gestärkt werden. Dazu gehört auch die Diskussion und Forderung einer Hausfrauenrente!

Zum Bereich von Frauenpolitik gehört auch der Bereich der Stadtplanung und -gestaltung, indem frauengerechte und beängstigende Orte in Wedel verändert werden.

Die Situation in den Frauenhäusern muß verbessert werden. Die Frauen und Kinder leben in beengten Verhältnissen. Insbesondere die psychische Belastung führt nicht selten zu zusätzlichen Spannungen aller Beteiligten. In Städten wie Osnabrück gibt

es zudem ein Frauenhaus für Flüchtlinge. Geschaffen werden muß dringend preiswerter Wohnraum für Frauen mit und ohne Kinder, damit auch die Frauen aus den Frauenhäusern eine eigene Wohnung finden können (z.B. primäre Vergabe von Wohnraum in der Rettungsstation Wedel an Frauen aus dem Frauenhaus Wedel).

Zu unseren Forderungen gehört auch die Schaffung eines Frauencafés und ein Notruftelefon für Frauen (insbesondere für vergewaltigte Frauen).

Unser Ziel ist, die Gleichstellung der Frau im privaten, politischen und wirtschaftlichen Bereich zu verwirklichen. Gleichstellung heißt für uns nicht, daß sich die Frauen an die allgemeinen männlichen Wertschätzungen anpassen sollen, sondern daß sie mit ihren weiblichen Eigenschaften den gleichen Stellenwert besitzen.

Die Gleichstellungsbeauftragte

Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Wedel hat eine Querschnittsaufgabe zu erfüllen. Alle Lebensbereiche von Frauen und Männern sind betroffen. Es handelt sich nicht primär um Familienpolitik!

Dazu gehört, soweit möglich, eine Beratung und ggf. Begleitung von Frauen bei Scheidungs-, Wohnungs- und anderen sozialen Problemen zu Gerichten, Vermietern etc.

Gleichstellungsbeauftragte müssen zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben und für eine konzeptionelle Arbeit eine angemessene personelle und materielle Ausstattung haben. Eine fundierte Öffentlichkeitsarbeit erfordert dies ebenfalls.

Ziel ist eine Frauenförderung sowohl innerhalb des kommunalen Arbeitgebers als auch in den privaten Firmen.

Die Stadt Wedel soll die Gleichstellungsbeauftragte dahingehend unterstützen, daß auch bei den privaten Firmen Frauenarbeitsplätze geschaffen werden. Dies kann auch z.B. dadurch erfolgen, daß von der Stadt Wedel Aufträge ab DM 50.000,- an Firmen vergeben werden, die nach sinnvollen Frauenförderplänen arbeiten.

Für unsere Arbeit ist die fachliche Beratung durch die Gleichstellungsbeauftragte eine wesentliche Grundlage.

Kultur ist, wenn....

Kultur: Kein Mensch weiß genau, was das ist. Die einen schleppen sie auf Reisen mit sich herum (im Kulturbbeutel), die anderen achten besonders bei Tisch darauf (Eßkultur). Manche behaupten, sie sei nur im Wald zu finden (Baumkultur), andere schwören, sie in Reagenzgläsern züchten zu können (Bakterienkultur). Die einen ziehen sich dazu an (Opernkultur), die anderen aus (Freikörperkultur).

Auch in Wedel gibt es ein buntes und reges Kulturleben. Nicht nur die Wedeler schätzen das Theater, die Batavia, die Kneipen etc.. Es werden tolle Programme präsentiert. Musik, Theater, Variete, Kabarett, Vernissage, Lesungen, Heimatmuseum, Zirkus, Stadtfest und andere kulturelle Darbietungen erfreuen den Besucher.

Die Programme der einzelnen Veranstalter scheinen jedoch nicht aufeinander abgestimmt zu werden. So kommt es vor, daß gleiche Programme (z.B. Kabarett) parallel angeboten werden. Gerade in Zeiten knapper Kassen, nicht nur im Rathaus, sondern zunehmend auch bei den Veranstaltern und Besuchern, halten wir die Organisation aller Beteiligten für besonders wichtig.

Kinder erleben Kultur

Vom Kind bis zum berühmten Künstler ist es meist ein langer Weg. Ob Kindern dieser Weg gezeigt oder er ihnen schon früh verbaut wird, hängt von der Wertschätzung dieses Lebensbereiches durch die Erwachsenen ab. Im heutigen hightech-Zeitalter der Computer und Medien, in dem trotz-

dem niemand mehr Zeit hat, nimmt die Zahl von immer jüngeren Kindern, die pro Tag stundenlang lediglich auf vorgegebene Bilder reagieren, erschreckend zu. Wir sehen es als gesellschaftliche Aufgabe an, die Gründe hierfür zu hinterfragen und auf die schon erkennbaren negativen Folgen

Wir Grüne fordern eine gerechte und transparente Verteilung des Kulturertrags. Besonders privatwirtschaftlich organisierte Veranstalter werden zur Zeit - im Gegensatz zu Vereinen - bei der Bezuschussung benachteiligt. Wir schlagen einen neuen Verteilerschlüssel für den Kulturertrag vor. Wir sind der Meinung, daß jeder Veranstalter einen Grundsockel (Fixum) erhalten sollte, zu dem noch ein variabler Betrag käme, der beispielsweise nach der Besucherzahl errechnet werden könnte. Nachweislich höhere Fest- oder Mindestkosten (Kostüme, Bühnenbilder etc.) könnten vom Verteilerschlüssel ausgenommen werden. Näheres ist zu regeln.

Im Rahmen von berechtigten Unterstützungen muß ggf. der Kulturertrag erhöht werden. Haushaltsmittel hierfür sind sinnvoller angelegt als Mittel für den Ausbau von Straßen; auch und gerade in Zeiten, wo die Mittel knapper und die Sorgen der Menschen größer werden. Kultur ist in Krisenzeiten wichtig für das menschliche Miteinander. Das darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden.

dem niemand mehr Zeit hat, nimmt die Zahl von immer jüngeren Kindern, die pro Tag stundenlang lediglich auf vorgegebene Bilder reagieren, erschreckend zu. Wir sehen es als gesellschaftliche Aufgabe an, die Gründe hierfür zu hinterfragen und auf die schon erkennbaren negativen Folgen

bei den Kindern zu reagieren. Wir möchten die Förderung der **Kreativität als Gegenpol gegen die Glotze** setzen und Kindern die eigenen

- ☐ die Wünsche der Kinder und Jugendlichen und die Ideen der Kulturschaffenden zu erfahren,
- ☐ die daraus folgenden Kurse, Ausstellungen und Projekte terminlich und finanziell zu koordinieren, und
- ☐ dies in einem kindgerechten Veranstaltungskalender darzustellen.

Für die praktische Umsetzung der Ergebnisse dieser Konferenz in ein hoffentlich dezentrales, multikulturelles Angebot, das auch für jedermann be-

Schritte auf den vielfältigen Wegen der Kultur erleichtern!

Zu Anfang möchten wir zu einer **Kinder-Kultur-Konferenz** alle Interessierten aufrufen, um

Kinder- und Jugendliche Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Exzesse der Gewalt benennt der Spiegel im Heft 3 vom 17.01. 1994 seine Titelgeschichte und beschreibt darin die Sorge der FachwissenschaftlerInnen, daß „rund 20 % der Deutschen der Ansicht sind, viele Konflikte seien allein durch Gewalt zu lösen.“

Auch etwa ein Fünftel aller Jugendlichen sehen die Anwendung von Gewalt als Mittel der Wahl zur Durchsetzung ihrer Bedürfnisse an.

Auch Wedel kennt hier verschiedene Beispiele.

Als Ursache benennen die Jugendlichen und GewaltforscherInnen unter anderen:

- ☐ den Sozialabbau, der die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer werden läßt,
- ☐ eine verfehlte Drogenpolitik, die zu einer Zunahme der Beschäftigungskriminalität führt, die ver-

nachlässigte Verbrechensverhütung,

- ☐ sowie die Zunahme von Gewaltvideos und des Privatfernsehen, deren blutrünstige Sendungen die Hemm- und Reizschwelle gegenüber Gewalttätigkeit verändert haben.

- ☐ Hierzu eine Zahl: Nach einer Studie der Frankfurter Universität erleben Kinder allein in den ersten zwölf Lebensjahren rund 14 000 Tötungsdelikte auf dem Bildschirm.

Geht man von einer bedürfnisorientierten Entwicklung der Kinder und Jugendlichen aus, dann brauchen sie:

- ☐ Vorbilder und Identifikation
- ☐ Freiräume und Geborgenheit
- ☐ Abenteurer und Selbstverwirklichung

Falls aber Vorbilder, die das Gute symbolisieren, dieses Gute mit Gewalt